4 Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsmarkt und Erwerbsbeteiligung

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsmarkt

Die Jahre 2010 bis 2014 waren durch die wirtschaftliche Erholung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise geprägt. Im Jahr 2014 stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % und damit wieder deutlicher als in den beiden Vorjahren. Das Wirtschaftswachstum fiel in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer sowie gegenüber Deutschland insgesamt jedoch schwächer aus. Dies ist zum Teil auf die besondere Wirtschaftsstruktur Nordrhein-Westfalens und Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen zurückzuführen.

Die Wirtschaftsleistung variiert regional sehr deutlich: Die geringste Wirtschaftskraft wies 2013 die kreisfreie Stadt Bottrop mit einem BIP von 20 584 Euro je Einwohner aus. Mehr als drei Mal so hoch fiel das BIP je Einwohner in der Landeshauptstadt Düsseldorf mit 69 706 Euro aus.

Die wirtschaftliche Entwicklung unterscheidet sich nach Wirtschaftsbereichen: Im Dienstleistungssektor ist die Bruttowertschöpfung von 2010 auf 2014 stärker gewachsen als im Produzierenden Gewerbe.

Von 2010 bis 2014 ist die Zahl der Erwerbstätigen um rund 303 000 bzw. 3,4 % gestiegen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm von 2010 bis 2014 mit 6,9 % noch kräftiger zu. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an den Erwerbstätigen insgesamt hat sich damit von 67,0 % im Jahr 2010 auf 69,2 % im Jahr 2014 erhöht.

Die wirtschaftliche Erholung spiegelt sich positiv auf dem Arbeitsmarkt wider: Die Erwerbslosenquote ging von 2010 (Frauen: 6,6 %; Männer: 8,3 %) bis 2014 (Frauen: 5,1 %; Männer: 6,2 %) zurück.

Die Arbeitsmarktsituation variiert sehr stark zwischen den Regionen Nordrhein-Westfalens. Nach wie vor stellt sich die Situation am Arbeitsmarkt vor allem in vielen Ruhrgebietsstädten sehr ungünstig dar.

Erwerbsbeteiligung

Trotz demografisch bedingtem Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist die Zahl der Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Erwerbslose) im Zeitraum von 2005 bis 2014 gestiegen. Dies ist auf die wachsende Erwerbsorientierung der Frauen insgesamt sowie der Männer und Frauen in der späten Erwerbsphase zurückzuführen. Bei den Frauen ist die Erwerbsquote in fast allen Altersgruppen gestiegen, am deutlichsten aber in der späten Erwerbsphase (55 bis unter 65 Jahre). Bei den Männern ist ausschließlich in der späten Erwerbsphase ein Anstieg der Erwerbsquote zu verzeichnen.

Seit 2010 ist bei beiden Geschlechtern und auf allen Qualifikationsstufen ein Rückgang der Erwerbslosigkeit – auch der Langzeiterwerbslosigkeit – festzustellen. Dabei

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

erfolgte der deutlichste Rückgang bei den Frauen und Männern mit geringer Qualifikation. Dieser Befund wird dadurch relativiert, dass bei den Geringqualifizierten der Anteil derer zugenommen hat, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Diese werden dann statistisch bei den Nichterwerbspersonen erfasst, so dass sich die Problematik von Geringqualifizierten mit Vermittlungshemmnissen zumindest zum Teil nur verlagert haben dürfte. Nach wie vor sind Geringqualifizierte zu einem deutlich überdurchschnittlichen Anteil von Erwerbslosigkeit betroffen.

Aufgrund der positiven Arbeitsmarktentwicklung war auch der Anteil des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials (= Erwerbslose und Stille Reserve) 2014 gegenüber 2010 rückläufig. Im Jahr 2014 waren 9,9 % der 15- bis unter 65-jährigen Männer mit Erwerbswunsch nicht erwerbstätig (2010: 11,7 %). Bei den gleichaltrigen Frauen fiel dieser Anteil mit 11,0 % etwas höher aus (2010: 13,0 %).

Die Zusammensetzung des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials unterscheidet sich deutlich nach Geschlecht: Während bei den Männern der Anteil der Erwerbslosen höher ausfällt, trifft dies bei den Frauen auf die Stille Reserve zu. Dies deutet darauf hin, dass Frauen sich trotz Erwerbswunsch häufiger vom Arbeitsmarkt zurückziehen als Männer.

Die Qualifikation hat einen entscheidenden Einfluss darauf, ob das Erwerbspersonenpotenzial genutzt wird oder nicht: 2014 blieb in der Altersgruppe "25 bis unter 65 Jahre" bei knapp einem Viertel der geringqualifizierten Frauen (24,6 %) und Männer (23,3 %) mit Erwerbswunsch das Erwerbspersonenpotenzial ungenutzt. Bei den Qualifizierten traf dies auf 8,8 % der Frauen und 8,2 % der Männer und bei den Hochqualifizierten auf einen nochmals geringeren Anteil zu (Frauen: 4,9 %; Männer: 3,5 %).

Bei den Geringqualifizierten haben sich die Bestandteile des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials gegenläufig entwickelt: Während der Anteil der Erwerbslosen sank, stieg der Anteil der Stillen Reserve am Erwerbspersonenpotenzial. Geringqualifizierte nichterwerbstätige Personen mit Erwerbswunsch haben sich somit 2014 zu einem höheren Anteil als noch 2010 vom Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Personen, die der Stillen Reserve angehören, sowie Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch stehen dem Arbeitsmarkt nicht direkt zur Verfügung. In beiden Gruppen hat sich seit 2010 die Zusammensetzung geändert. Zugenommen hat jeweils der Anteil derjenigen, die sich aus gesundheitlichen Gründen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Zunehmend mehr Personen im erwerbsfähigen Alter sind somit gesundheitsbedingt nicht (mehr) auf dem Arbeitsmarkt aktiv.

Der Anteil der erwerbstätigen Frauen und Männer mit einem atypischen Beschäftigungsverhältnis war von 2010 bis 2014 leicht rückläufig. Dabei waren 2014 Frauen mit einem Anteil von 50,6 % deutlich häufiger atypisch beschäftigt als Männer (11,8 %).

Der höhere Anteil der atypisch Beschäftigten unter den Frauen ist im Wesentlichen auf die hohe Verbreitung der arbeitszeitreduzierten Beschäftigungsformen zurückzuführen. Im Gegensatz zu den anderen Formen atypischer Beschäftigung ist der Anteil der abhängig erwerbstätigen Frauen mit einer Teilzeitbeschäftigung seit 2010 gestiegen.

4.1 Einleitung

Die wirtschaftliche Entwicklung ist eine zentrale Rahmenbedingung für die Wohlstandsentwicklung in einem Land. Sie hat Auswirkungen auf die Beschäftigungschancen und die Einkommensverhältnisse der Bevölkerung. Auch hat die wirtschaftliche Entwicklung Auswirkungen auf die Steuereinnahmen des Staates und damit auf den finanziellen Gestaltungspielraum der Sozialpolitik. Die zurückliegende Wirtschafts- und Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 hat auch die nordrhein-westfälische Volkswirtschaft getroffen, mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Arbeitsmarkt und öffentliche Haushalte.

Erwerbsarbeit ist eine der zentralen Teilhabeformen an der Gesellschaft. Einkommen aus Erwerbsarbeit stellt für einen Großteil der Privathaushalte die Haupteinkommensquelle dar und ist somit entscheidend für den Zugang zu gesellschaftlichem Wohlstand. Zudem ist sie eine zentrale Instanz der sozialen Integration, kann Ausdruck der individuellen Handlungsfähigkeit und auch der Selbstverwirklichung sein und bestimmt den sozialen Status. Der unfreiwillige Ausschluss vom Erwerbsleben bedeutet daher nicht nur monetäre Einschränkungen, sondern geht vielfach mit einem Verlust gesellschaftlicher Teilhabe und Lebensperspektive einher. Darüber hinaus sind das soziale Sicherungssystem und damit auch die Rentenzahlungen in der Nacherwerbsphase eng an die Erwerbseinkommen geknüpft.

Der Arbeitsmarkt ist durch stetigen Wandel gekennzeichnet, infolge technischer Umwälzungen, den demografischen Wandel, aber auch Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen und gesellschaftlicher Normen. Durch die schrittweise Einführung der Rente mit 67 sowie der Einschränkung der Frühverrentungsmöglichkeiten bleiben Erwerbstätige länger im Beruf. Dies führt tendenziell zu einer steigenden Erwerbsbeteiligung Älterer.²⁰⁾

Auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen nimmt weiter zu (Brenke 2015). Hierbei ist auch vor dem Hintergrund des fortschreitenden Ausbaus der öffentlichen Kinderbetreuung eine weiter steigende Erwerbsbeteiligung von Müttern mit kleinen Kindern zu beobachten. Das Elterngeld setzt Anreize zu einer kürzeren Unterbrechung der Erwerbsarbeit nach der Geburt eines Kindes und damit zu einer früheren Rückkehr in den Beruf (Spieß 2013: 271). Dabei erfolgt die Erwerbstätigkeit von Müttern mit jungen Kindern überwiegend in Teilzeit bzw. in Form geringfügiger Beschäftigung.

Aufgrund des technischen Fortschritts steigen die Qualifikationsanforderungen an die Erwerbstätigen. Daher haben insbesondere Geringqualifizierte zunehmende Zugangsschwierigkeiten zum Arbeitsmarkt (Solga/Powell 2006: 188).

Kapitel II.4.2 wirft zunächst anhand von Basisindikatoren einen Blick auf die Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen insgesamt sowie im Vergleich der Regionen und gegenüber Westdeutschland. Kapitel II.4.3 erläutert die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt – auch im Regionalvergleich.

²⁰⁾ Ein kurzfristiger gegenteiliger Effekt durch die zum 1. Juli 2014 eingeführte "Rente mit 63" auf die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung im Alter kann vermutet werden (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2015g). Die "Rente mit 63" ermöglicht langjährig Versicherten, die das 63. Lebensjahr vollendet und mindestens 45 Beitragsjahre vorweisen können, abschlagsfrei in die Altersrente zu gehen. Jedoch wird auch bei der "Rente mit 63" analog zur "Rente mit 67" das Eintrittsalter schrittweise auf 65 Jahre angehoben.

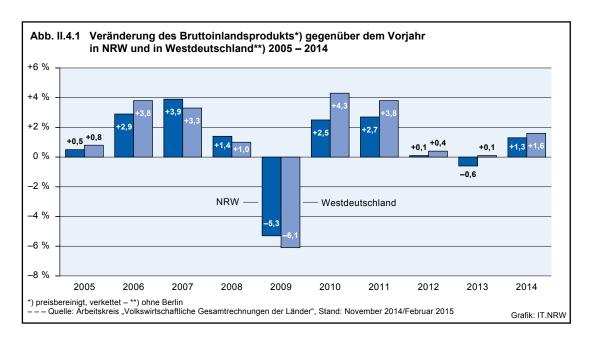
Mit der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung beschäftigt sich Kapitel II.4.4: Kapitel II.4.4.1 befasst sich zunächst mit der Erwerbsorientierung. Kapitel II.4.4.2 geht auf die Erwerbslosigkeit ein und Kapitel II.4.4.3 etwas umfassender auf das ungenutzte Erwerbspersonenpotenzial insgesamt (Erwerbslose und Stille Reserve). Kapitel II.4.4.4 befasst sich mit der Struktur und Entwicklung bei den Nichterwerbspersonen: der Stillen Reserve und den Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch. Das abschließende Kapitel II.4.4.5 beschäftigt sich mit der Erwerbssituation der Erwerbstätigen. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf den abhängig Erwerbstätigen und hier auf der Verbreitung von atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Der Zusammenhang zwischen Erwerbsbeteiligung und monetärer Arbeit wird im Kapitel III.3.6.2 betrachtet.

4.2 Wirtschaftliche Entwicklung²¹⁾

4.2.1 Entwicklung der wirtschaftlichen Leistung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der zentrale Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Es bezeichnet den monetären Wert der in einem bestimmten Zeitraum erbrachten Produkte und Dienstleistungen abzüglich des Wertes der bei der Produktion verbrauchten Güter. Die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr spiegelt den konjunkturellen Verlauf wider. Im Jahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen Waren und Dienstleistungen im Wert von 624,7 Milliarden Euro produziert bzw. erbracht. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Zuwachs um 1,3 %. In den Jahren 2010 und 2011 war die nordrhein-westfälische Wirtschaft noch stärker gewachsen (+2,5 % bzw. +2,7 %); dies ist vor allem vor dem Hintergrund nachholender wirtschaftlicher Dynamik nach der Rezession 2009 infolge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zu sehen. Im Jahr 2012 ließ die wirtschaftliche Dynamik nach, das BIP stieg nur



²¹⁾ Datenbasis sind hier im Wesentlichen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder mit Stand November 2014/Februar 2015. Aktuellere Daten lagen zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch nicht vor.

geringfügig gegenüber dem Vorjahr an (+0.1%). Im Folgejahr fiel die Wirtschaftsleistung sogar geringer aus als im Vorjahr (-0.6%), bevor die Vorzeichen 2014 wieder auf Wachstum standen (+1.3%).

Der Vergleich zum Wirtschaftswachstum in Westdeutschland (ohne Berlin) zeigt ein Zurückbleiben des Landes Nordrhein-Westfalen seit der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, d. h. Nordrhein-Westfalen hatte sich in den Jahren nach der Wirtschafts- und Finanzkrise schwächer erholt. So wuchs das BIP in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft 2010 bis 2014 um insgesamt 3,5 %, in Westdeutschland (ohne Berlin) dagegen um 6,0 % und in Gesamtdeutschland um 5,8 %.

Nicht nur die Dynamik des BIP, auch das Niveau der Wirtschaftskraft in Nordrhein-Westfalen bleibt etwas hinter der durchschnittlichen Entwicklung in Westdeutschland zurück, wie anhand des Indikators BIP (in jeweiligen Preisen) je Einwohner deutlich wird. 2013 wurden in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt 33 963 Euro je Einwohner erwirtschaftet. Gegenüber Westdeutschland (ohne Berlin) mit einem BIP von 36 280 Euro je Einwohner war die Wirtschaftsleistung um 6,4 % geringer, im Vergleich zu Deutschland insgesamt mit 34 219 Euro je Einwohner um 0,7 % geringer. Abgesehen von den Jahren 2008 und 2009, als infolge der Wirtschaftskrise eine Annäherung erfolgte, fiel das BIP je Einwohner in Nordrhein-Westfalen im Zeitraum seit 2005 gegenüber Westdeutschland stets um mindestens 5 % niedriger aus. Anders im Vergleich zu Deutschland insgesamt: In den Jahren 2005 bis 2010 fiel das BIP je Einwohner in Nordrhein-Westfalen noch höher aus, seit 2011 jedoch durchgehend niedriger.

Die vergleichsweise ungünstige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen lässt sich zum Teil auf die besondere Wirtschaftsstruktur und Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen zurückführen:

In Nordrhein-Westfalen zählen vier der fünf am stärksten schrumpfenden Branchen²²⁾ zu den Grundstoffindustrien: Metallerzeugung und Metallbearbeitung, Kokerei und Mineral-ölverarbeitung, Herstellung von chemischen Erzeugnissen und Herstellung von Papier und Pappe. Dabei ist zu beachten, dass die Produktion industrieller Grundstoffe auch deutschland- und europaweit stagniert oder in einzelnen Segmenten sogar schrumpft. Für Nordrhein-Westfalen ist dieser Umstand jedoch wesentlich bedeutender, weil die Grundstoffe in der Industriestruktur des Landes ein überproportional hohes Gewicht haben. So ist der Anteil der Grundstoffindustrie²³⁾ am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen überdurchschnittlich hoch (2014: Deutschland ohne Nordrhein-Westfalen: 18,4 %, Nordrhein-Westfalen: 30,2 %).

Die bedeutendsten Branchen im Bereich der Grundstoffindustrien sind die Chemie- und die Stahlindustrie. Zwischen 2000 und 2008 verzeichneten diese Branchen in Nordrhein-Westfalen einen Zuwachs des Umsatzes von rund 20 % bzw. 70 %, zwischen 2008 und 2014 aber einen Verlust von rund -3 % bzw. -20 %.

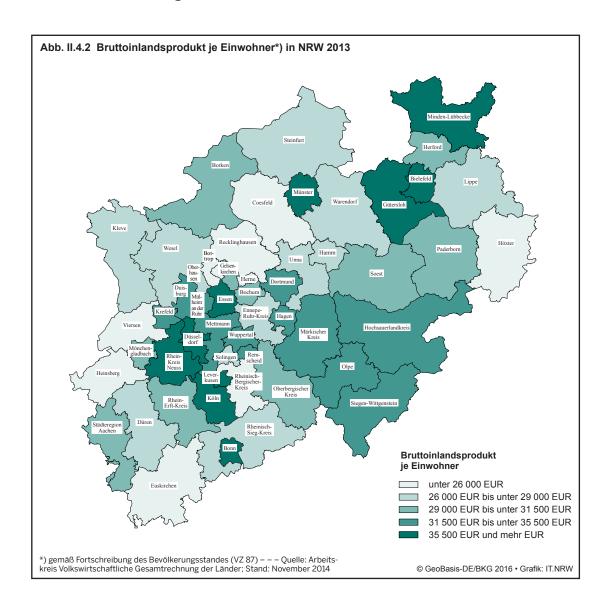
²²⁾ in Bezug auf den absoluten Rückgang des Umsatzes 2014 gegenüber 2008.

²³⁾ Dazu zählen hier die Branchen: Metallerzeugung und Metallbearbeitung, Kokerei und Mineralölverarbeitung, Herstellung von chemischen Erzeugnissen und Herstellung von Papier und Pappe.

4.2.2 Regionale Unterschiede der Wirtschaftsleistung

Auch innerhalb Nordrhein-Westfalens fallen die Unterschiede in der Wirtschaftskraft – hier gemessen am BIP (in jeweiligen Preisen) je Einwohner – zum Teil beträchtlich aus. Im Landesdurchschnitt wurden im Jahr 2013 je Einwohner 33 963 Euro erwirtschaftet. Die geringste Wirtschaftskraft wies die kreisfreie Stadt Bottrop mit einem BIP von 20 584 Euro je Einwohner aus. Am höchsten und damit mehr als drei Mal so hoch wie in Bottrop fiel das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Landeshauptstadt Düsseldorf mit 69 706 Euro aus.

Deutlich überdurchschnittlich (mehr als 35 500 Euro BIP je Einwohner) war die Wirtschaftskraft auch in den anderen Rheinmetropolen Bonn, Köln und Leverkusen sowie in Münster, Essen, Bielefeld, im Kreis Gütersloh, im Rhein-Kreis Neuss und im Kreis Minden-Lübbecke. Eine deutlich unterdurchschnittliche Wirtschaftsleistung (weniger als 26 000 Euro BIP je Einwohner) findet sich in den Ruhrgebietsstädten Bottrop und Herne, in den Kreisen Heinsberg, Euskirchen, Recklinghausen, Coesfeld, Höxter und Viersen, sowie im Rheinisch-Bergischen Kreis.

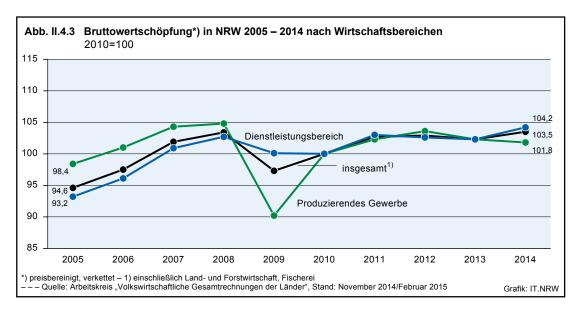


4.2.3 Sektorale Entwicklung

Das Produzierende Gewerbe und der Dienstleistungsbereich haben sich in den jüngsten Jahren – auch vor dem Hintergrund der Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise – unterschiedlich entwickelt. Dies wird im Folgenden anhand zweier Kennzahlen – der Bruttowertschöpfung sowie des Arbeitsvolumens – veranschaulicht.

Die Bruttowertschöpfung²⁴⁾ ist ein Maß für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung einer Wirtschaftseinheit, im vorliegenden Fall von Wirtschaftsbereichen. 2014 wurden 71,2 % der Bruttowertschöpfung im Wirtschaftsbereich Dienstleistungen erbracht, 28,4 % im Produzierenden Gewerbe und der Rest in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei.

Zwischen 2005 und 2008 entwickelte sich das Produzierende Gewerbe weniger dynamisch als der Dienstleistungsbereich. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise ließ hier die Wirtschaftsdynamik einbrechen: 2009 sank die Bruttowertschöpfung um 14,0 % gegenüber dem Vorjahr, während es im Dienstleistungsbereich nur zu einem Rückgang von 2,5 % kam. 2010 hatte sich die Wirtschaftsleistung im Produzierenden Gewerbe wieder deutlich erholt und wuchs bis 2012 weiter, blieb aber unter dem Niveau der Vorkrisenjahre 2007/2008. In den beiden Folgejahren nahm die Wirtschaftsleistung wieder ab. 2014 lag das BIP im Produzierenden Gewerbe um 1,8 % höher als 2010.



Im Dienstleistungsbereich hatte die Bruttowertschöpfung 2011 ein um 3,0 % höheres Niveau als ein Jahr zuvor. 2012 und 2013 ging auch hier die Wirtschaftsleistung zurück, jedoch stieg die Bruttowertschöpfung in 2014 wieder und lag damit insgesamt um 4,2 % höher als im Vergleich zum Referenzjahr 2010. Damit hat die Wirtschaftsleistung im Dienstleistungsbereich im Jahr 2014 ein höheres Niveau erreicht als in den Vorkrisenjahren 2007/2008.

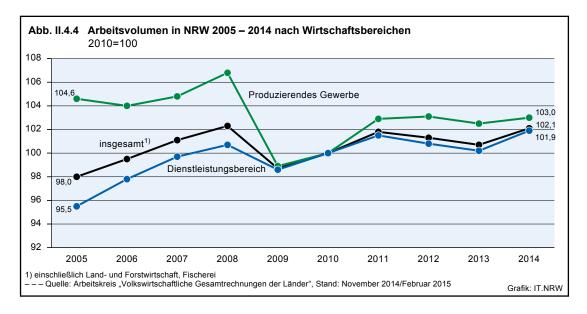
Auch der Blick auf das Arbeitsvolumen verdeutlicht die unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich. Das Arbeitsvolumen drückt die geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen eines Jahres aus.

Sozialbericht NRW 2016

²⁴⁾ Die Bruttowertschöpfung ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

In der gesamten Wirtschaft Nordrhein-Westfalens war die Jahresarbeitsleistung im Jahr 2014 um 1,4 % höher als im Vorjahr. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise – die sich 2009 in einem deutlichen Einbruch des Arbeitsvolumens zeigte – setzte 2010 und 2011 eine wirtschaftliche Erholung begleitet von einem Wiederanstieg des Arbeitsvolumens ein. In den beiden nachfolgenden Jahren wurden jedoch wieder weniger Arbeitsstunden geleistet, bevor 2014 erneut eine positive Entwicklung einsetzte. Gegenüber dem Referenzjahr 2010 wurden 2014 2,1 % mehr Arbeitsstunden geleistet.

Abbildung II.4.4 verdeutlicht die unterschiedlichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auf das Arbeitsvolumen in den Wirtschaftsbereichen: Im Produzierenden Gewerbe erfolgte 2009 krisenbedingt ein abrupter Einbruch des Arbeitsvolumens um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr. In den Jahren 2010 und 2011 setzte eine Erholung mit wieder ansteigendem Arbeitsvolumen ein (+1,1 % bzw. +2,9 % jeweils gegenüber dem Vorjahr). Seit 2012 fällt der Anstieg des Arbeitsvolumens geringer aus, 2013 war es sogar rückläufig. Insgesamt liegt die Arbeitsleistung im Jahr 2014 um 3,0 % über dem Niveau des Referenzjahres 2010, damit jedoch noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 2008.



Im Dienstleistungsbereich schlug sich die Wirtschaftskrise weniger deutlich nieder, hier kam es zu einem Rückgang des Arbeitsvolumens um 2,1 % im Krisenjahr 2009 gegenüber dem Vorjahr. Ab 2010 setzte eine schnellere wirtschaftliche Erholung ein als im Produzierenden Gewerbe, so dass das Niveau der Arbeitsleistung des Jahres 2008 schon 2011 wieder erreicht wurde. Zwar sank die Arbeitsleistung auch im Dienstleistungsbereich in den Jahren 2012 und 2013, aber 2014 stieg das Arbeitsvolumen mit 1,7 % wieder deutlicher an. Insgesamt wurden 2014 1,9 % mehr Arbeitsstunden im Dienstleistungsbereich geleistet als im Referenzjahr 2010.

4.3. Arbeitsmarkt

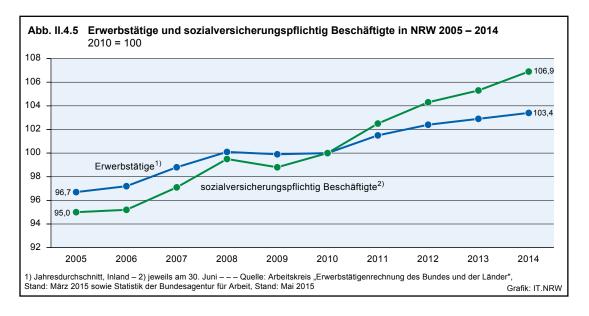
4.3.1 Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Im Jahr 2014 waren im Jahresdurchschnitt 9,086 Millionen Personen in Nordrhein-Westfalen erwerbstätig²⁵⁾. Die Zahl der Erwerbstätigen ist damit im Zeitraum 2005 – 2014 um mehr als eine halbe Million (596 000) bzw. 6,7 % gestiegen. Nach einem kontinuierlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahl seit 2005 stagnierte die Entwicklung von 2008 bis 2010. Seit 2011 ist wieder ein kontinuierlicher Anstieg der Erwerbstätigenzahl zu beobachten. Von 2010 bis 2014 ist die Zahl der Erwerbstätigen um rund 303 000 bzw. 3,4 % gestiegen.

Die zahlenmäßig bedeutsamste Teilgruppe der Erwerbstätigen sind die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Ihr Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt belief sich 2014 auf 69,2 % und liegt damit höher als in den vorangegangenen Jahren (2005: 65,8 %, 2010: 67,0 %).

Insgesamt waren im Jahr 2014 6,285 Millionen Personen in Nordrhein-Westfalen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Deren Zahl hat sich im betrachteten Zeitraum 2005 – 2014 mit einer Zunahme um 11,9 % günstiger entwickelt als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt. Auch von 2010 bis 2014 nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit 6,9 % kräftiger zu als die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt.

Wie in Abbildung II.4.4 gezeigt, stieg das Arbeitsvolumen in diesem Zeitraum jedoch nur um 2,1 %, denn der Zuwachs bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erfolgte im Wesentlichen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten blieb zwischen 2010 und 2014 nahezu konstant (+0,3 %), während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten um 33,4 % zunahm.

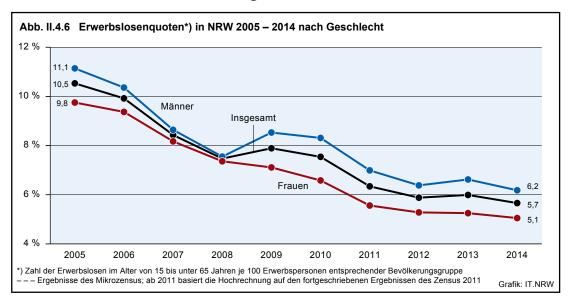


²⁵⁾ Zu den Erwerbstätigen nach der Erwerbstätigenrechnung zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die Beamtinnen und Beamten, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und die (ausschließlich) geringfügig Beschäftigten.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Ein Indikator für den Ausschluss von der Erwerbsarbeit ist die Erwerbslosenquote²⁶⁾. Diese gibt den prozentualen Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) wieder. Im Zeitverlauf spiegelt die Erwerbslosenquote auch die konjunkturellen Schwankungen und damit die wechselnde Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wider.

2014 waren 6,2 % der männlichen und 5,1 % der weiblichen Erwerbsbevölkerung erwerbslos. Damit liegen die Erwerbslosenquoten wieder niedriger als zu Beginn des Jahrzehnts (2010: Männer: 8,3 %; Frauen: 6,6 %). Im Jahr 2009 war infolge der Wirtschaftskrise die Erwerbslosenquote der Männer angestiegen, während die Erwerbslosigkeit bei den Frauen auch über die Krisenjahre hinweg kontinuierlich zurückging. Mit dem Abschmelzen der Erwerbslosigkeit im aktuellen Jahrzehnt hat sich auch der Abstand zwischen den Geschlechtern wieder etwas verringert.



4.3.2 Regionale Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktsituation variiert sehr stark zwischen den Regionen Nordrhein-Westfalens. Dies wird im Folgenden auf Basis der Statistik der Bundesagentur für Arbeit²⁷⁾ anhand der beiden Indikatoren Beschäftigungsquote²⁸⁾ und Arbeitslosenquote²⁹⁾ verdeutlicht.³⁰⁾

Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort je 100 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre wieder. Im Landesdurchschnitt war die Erwerbsbevölkerung mit Stand Ende Juni 2014 zu 52,4 % in einem

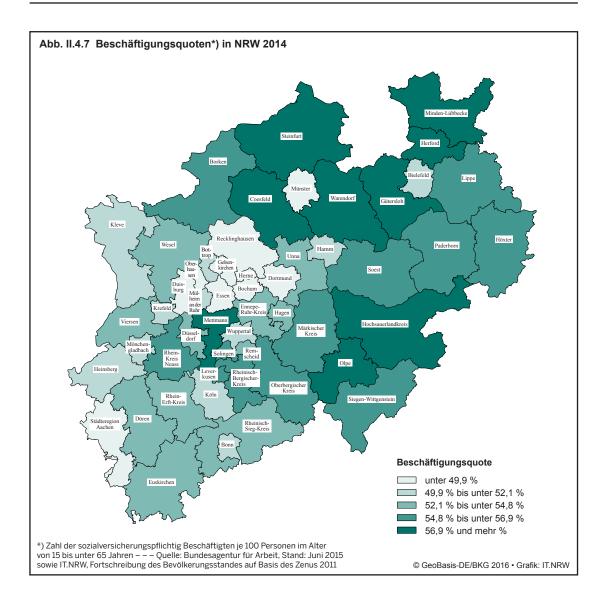
²⁶⁾ Die ausgewiesenen Erwerbslosenquoten basieren auf dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (vgl. Glossar: ILO-Konzept). Die Erwerbslosenquoten haben gegenüber den in der Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit ausgewiesenen Arbeitslosenquoten den Vorteil, dass Zeitvergleiche nicht durch Änderungen der Sozialgesetzgebung beeinflusst werden.

²⁷⁾ Diese ermöglicht eine kreisscharfe Betrachtung der Arbeitsmarktindikatoren.

²⁸⁾ Die Beschäftigungsquoten geben den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wieder. Nicht berücksichtigt werden hier Selbstständige, geringfügig Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte.

²⁹⁾ Das Konzept der Arbeitslosigkeit unterscheidet sich von dem in den anderen Berichtsteilen verwendeten "ILO-Konzept" der Erwerbslosigkeit (Details zu den definitorischen Unterschieden vgl. Glossar).

³⁰⁾ Ein Überblick über die Beschäftigungsquoten und Arbeitslosenquoten auf Kreisebene findet sich unter Sozialberichte NRW online: www.sozialberichte.nrw.de/indikatoren: Indikator 1.6 und Indikator 1.7

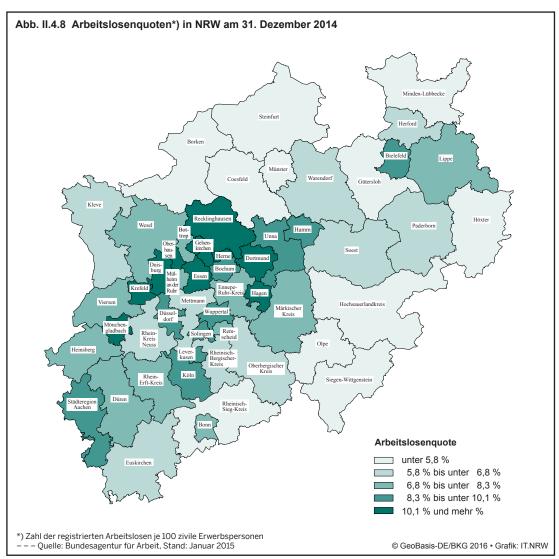


sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis tätig. Die im Vergleich der Kreise und kreisfreien Städte niedrigste Beschäftigungsquote hatte die Stadt Gelsenkirchen (44,3 %). Um fast 15 Prozentpunkte höher und damit Spitzenreiter im Regionalvergleich war der Kreis Gütersloh mit einer Beschäftigungsquote von 59,1 %.

Der überwiegende Teil der Kreise wies 2014 überdurchschnittliche Beschäftigungsquoten auf, in den kreisfreien Städten lagen sie hingegen in der Regel unter dem Landesdurchschnitt. Die Kreise mit den höchsten Beschäftigungsquoten (>56,9 %) liegen im Sauerland, Münsterland und in Ostwestfalen, zudem im Kreis Mettmann. Zu den Regionen mit deutlich unterdurchschnittlichen Beschäftigungsquoten (<49,9 %) gehörten mehrheitlich die Städte und Kreise des Ruhrgebietes, zudem die Städteregion Aachen und die Stadt Münster.

Auch mit Blick auf den zweiten zentralen Arbeitsmarktindikator, die Arbeitslosenquote, zeigen sich deutliche regionale Differenzen in Nordrhein-Westfalen. Ende Dezember 2014 waren im Landesdurchschnitt 7,8 % der Bevölkerung im Erwerbsalter arbeitslos gemeldet. Regional variierten die Arbeitslosenquoten von 3,0 % im Kreis Coesfeld bis hin zu einer um gut 10 Prozentpunkte höheren Quote (13,3 %) in Gelsenkirchen.

Generell fällt die gemessene Arbeitslosigkeit in den Kreisen niedriger aus als in den kreisfreien Städten. Dabei lagen die Arbeitslosenquoten weit unter dem Landesdurchschnitt (<5,8 %) im Münsterland (Kreise Coesfeld, Borken und Steinfurt sowie die Stadt Münster), im Sauerland (Kreis Olpe und Hochsauerlandkreis), in Ostwestfalen (Kreis Höxter, Kreis Gütersloh und Kreis Minden-Lübbecke) sowie im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Siegen-Wittgenstein. Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten (>10,1 %) fanden sich im Ruhrgebiet (die Städte Gelsenkirchen, Herne, Duisburg, Dortmund, Essen, Oberhausen, Hagen sowie der Kreis Recklinghausen), dazu in Krefeld und Mönchengladbach.



4.4 Erwerbsbeteiligung

4.4.1 Erwerbsorientierung

Im Jahr 2014 zählten insgesamt 8,6 Millionen Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zu den Erwerbspersonen (= Erwerbstätige und Erwerbslose)³¹⁾. Knapp zehn Jahre zuvor war die Zahl der Erwerbspersonen mit gut 8,4 Millionen geringer. Die Zunahme der

³¹⁾ Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit werden nach dem "Labour-Force"-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept, vgl. Glossar) definiert (vgl. auch Übersicht II.4.1 in Kapitel II.4.4.3).

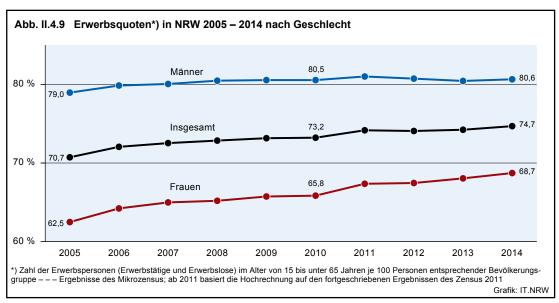
Zahl der Erwerbspersonen vollzog sich vor dem Hintergrund des demografisch bedingten Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Die wachsende Zahl der Erwerbspersonen seit 2005 ist im Wesentlichen auf eine generell gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen und von Personen im Alter von 50 bis unter 65 Jahren zurückzuführen.

Ein Indikator für die Erwerbsorientierung ist die Erwerbsquote (vgl. Glossar). Sie gibt den Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren wieder. An der Erwerbsquote lässt sich ablesen, welcher Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dem Arbeitsmarkt direkt zur Verfügung steht.

Im Jahr 2014 lag die Erwerbsquote insgesamt bei 74,7 %. Sie ist seit 2005 nahezu kontinuierlich gestiegen. 2010 lag sie noch bei 73,2 %.

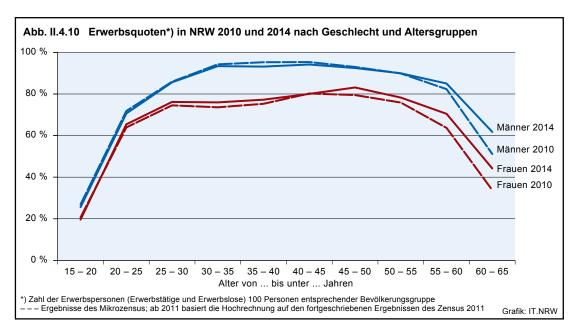
Der Anstieg ging im Wesentlichen auf die im gesamten Berichtszeitraum gestiegene Erwerbsorientierung der Frauen zurück. Von 2010 auf 2014 ist die Erwerbsquote der Frauen um 2,9 Prozentpunkte auf 68,7 % gestiegen. Dagegen ist bei den Männern seit 2008 eine Stagnation der Erwerbsquote zu beobachten. Im Jahr 2010 lag die Erwerbsquote bei 80,5 %, 2014 bei 80,6 %.

Die insgesamt größere Dynamik bei den Frauen führte im Zeitraum 2005 bis 2014 zu einer Verringerung des Abstands in der Erwerbsbeteiligung zwischen den Geschlechtern: War die Erwerbsquote der Männer 2005 noch um 16,5 Prozentpunkte höher, so war der Abstand im Jahr 2014 bis auf 11,9 Prozentpunkte geschrumpft.



Die Erwerbsorientierung verändert sich im Lebensverlauf: Frauen und Männer weisen bis zur Altersgruppe "20 bis unter 25 Jahre" ein ähnliches Erwerbsmuster auf. Ab der Altersgruppe "25 bis unter 30 Jahre" fällt jedoch die Erwerbsquote der Frauen deutlich geringer aus als die der Männer, da viele Frauen in der Familienphase dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Dementsprechend steigt im mittleren Erwachsenenalter die Erwerbsquote der Frauen nicht in dem Maße mit dem Alter an, wie das bei den Männern der Fall ist.

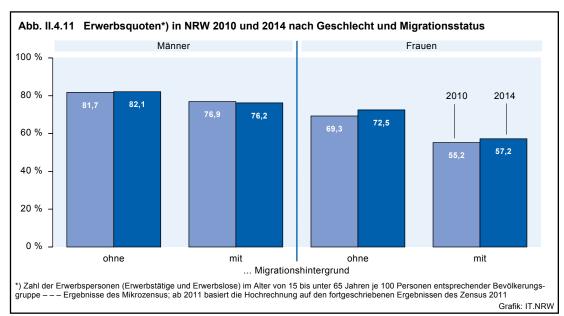
Bei den Männern war 2014 die Erwerbsquote in der Altersgruppe "40 bis unter 45 Jahre" mit 94,2 % am höchsten und bei den Frauen in der Altersgruppe "45 bis unter 50 Jahre" (83,1 %). In der Altersgruppe "45 bis unter 50 Jahre" haben sich die Erwerbsquoten von



Männern und Frauen wieder etwas angenähert, bevor sich diese in der späten Erwerbsphase wieder auseinanderentwickeln, da die Erwerbsorientierung der Frauen in den höheren Altersgruppen ("Berufsausstiegsphase") deutlicher abnimmt.

Im Vergleich zum Jahr 2010 zeigt sich, dass bei den Frauen die Erwerbsquoten in fast allen Altersgruppen angestiegen sind, während dies bei den Männern nur auf die höheren Altersgruppen zutrifft. In der Altersgruppe der 60 bis unter 65-Jährigen verzeichnen beide Geschlechter den höchsten Anstieg der Erwerbsquote mit jeweils gut 10 Prozentpunkten mehr im Vergleich zu 2010. Dies weist darauf hin, dass der Ausstieg aus dem Erwerbsleben 2014 durchschnittlich später erfolgte als noch 2010.

Die Erwerbsorientierung der Personen mit Migrationshintergrund fällt geringer aus als die der Personen ohne Migrationshintergrund. Dies gilt für beide Geschlechter: 2014 lag die Erwerbsquote der Männer mit Migrationshintergrund bei 76,2 % und die der Männer ohne Migrationshintergrund bei 82,1 %. Bei den Frauen fällt der Abstand bei den Erwerbs-



quoten zwischen denjenigen mit Migrationshintergrund (57,2 %) gegenüber denen ohne Migrationshintergrund (72,5 %) noch größer aus.

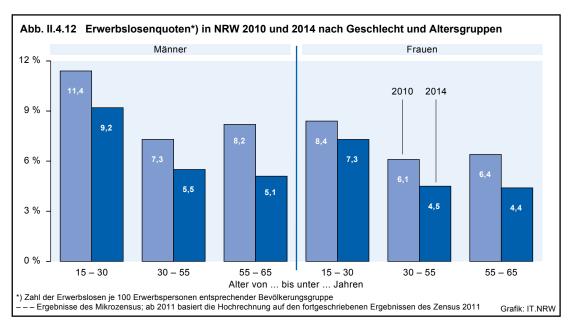
Bei den Frauen mit Migrationshintergrund blieb der Anstieg der Erwerbsquote mit +2,0 Prozentpunkten hinter der Entwicklung bei den Frauen ohne Migrationshintergrund (+3,2 Prozentpunkte) zurück. Bei den Männern mit Migrationshintergrund ist sogar eine leicht rückläufige Erwerbsquote (-0,7 Prozentpunkte) zu beobachten, während bei Männern ohne Migrationshintergrund eine leicht positive Entwicklung abzulesen ist (+0,4 Prozentpunkte).

Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass sowohl bei Frauen als auch bei Männern der Abstand bei der Erwerbsbeteiligung zwischen denjenigen ohne gegenüber denjenigen mit Migrationshintergrund größer geworden ist: Bei den Frauen ist der Abstand von 14,1 auf 15,3 Prozentpunkte und bei den Männern von 4,8 auf 5,9 Prozentpunkte angestiegen.

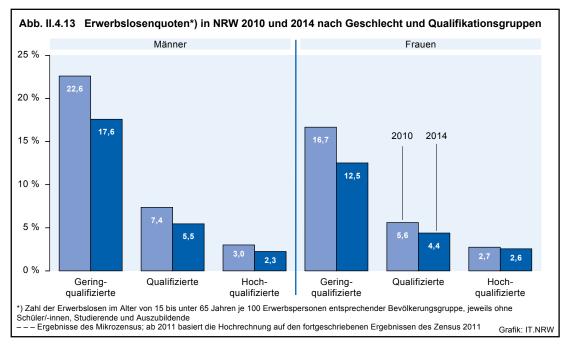
4.4.2 Erwerbslosigkeit

Wie bereits in Kapitel II.4.3.1 berichtet, war die Erwerbslosenquote 2014 (5,7 %) niedriger als 2010 (7,5 %). Dabei ist das Erwerbslosigkeitsrisiko nach Alter ungleich verteilt: Jeweils überdurchschnittliche Erwerbslosenquoten treten bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen beiderlei Geschlechts auf. 2014 waren 9,2 % der männlichen und 7,3 % der weiblichen unter 30-Jährigen erwerbslos. In den höheren Altersgruppen ("30 bis unter 55 Jahre" sowie "55 bis unter 65 Jahre") belief sich die Erwerbslosenquote bei den Männern auf 5,5 % bzw. 5.1 % und bei den Frauen auf 4,5 % bzw. 4,4 %.

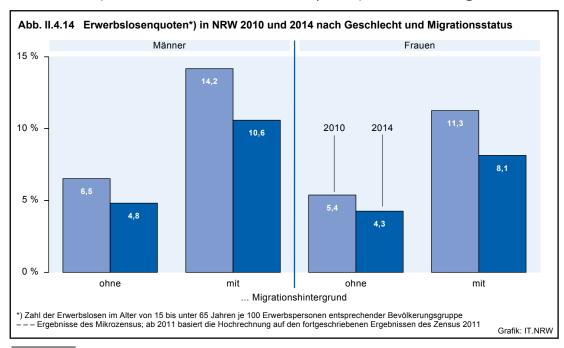
Im Vergleich zu 2010 waren die Erwerbslosenquoten in allen Altersgruppen rückläufig, hierunter am deutlichsten bei den 55- bis unter 65-Jährigen (Männer: –3,1 Prozentpunkte; Frauen: –2,0 Prozentpunkte). Auch in der jüngsten Altersgruppe (15 bis unter 30 Jahre) fiel die Entwicklung der Erwerbslosenquote bei den Männern günstiger aus als bei den Frauen (–2,2 gegenüber –1,1 Prozentpunkten), während bei den 30- bis unter 55-Jährigen nur vergleichsweise geringe Unterschiede nach Geschlecht bestehen.



Die Beschäftigungschancen sind abhängig vom Qualifikationsprofil ³²⁾ (vgl. Hausner u. a. 2015). Die folgende Abbildung verdeutlicht diesen Befund anhand der Erwerbslosenquote. Im Jahr 2014 lag die Erwerbslosenquote der geringqualifizierten Männer bei 17,6 % und die der geringqualifizierten Frauen bei 12,5 %. Bei den Qualifizierten lagen die entsprechenden Werte mit 5,5 % bzw. 4,4 % deutlich niedriger. Bei den Hochqualifizierten fielen sie nochmals niedriger aus (2,3 % bzw. 2,6 %).



Gegenüber 2010 ist bei beiden Geschlechtern auf allen Qualifikationsebenen ein Rückgang der Erwerbslosenquoten festzustellen. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern mit geringer Qualifikation sank die Erwerbslosenquote am deutlichsten (–4,2 bzw. –5,0 Prozentpunkte). Auch bei den Qualifizierten ging die Erwerbslosigkeit weiter zurück (Frauen: –1,2; Männer: –1,9 Prozentpunkte). Die Erwerbslosigkeit unter



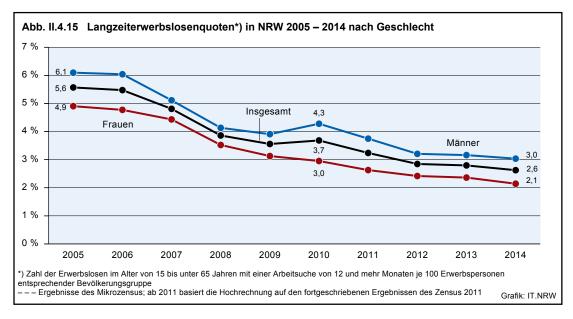
³²⁾ Zur Definition der Qualifikationsgruppen vgl. Glossar.

den Hochqualifizierten war bei den Männern geringfügig rückläufig (-0,7 Prozentpunkte) und bei den Frauen nahezu konstant. Trotz des überdurchschnittlichen Rückgangs der Erwerbslosenquote bei den Geringqualifizierten bleiben die erheblichen Unterschiede in Bezug auf das Erwerbslosigkeitsrisiko bestehen.

Die Differenzierung nach dem Migrationsstatus zeigt, dass die Erwerbslosenquote 2014 gegenüber 2010 bei Personen mit Migrationshintergrund stärker rückläufig war als bei Personen ohne Migrationshintergrund: Bei Männern um 3,6 Prozentpunkte auf 10,6 % und bei Frauen um 3,2 Prozentpunkte auf 8,1 %. Bei Männern ohne Migrationshintergrund sank die entsprechende Quote moderater um 1,7 Prozentpunkte auf 4,8 % und bei Frauen ohne Migrationshintergrund um 1,1 Prozentpunkte auf 4,3 %.

Dennoch fielen auch 2014 die Erwerbslosenquoten der Frauen und Männer mit Migrationshintergrund deutlich höher aus als bei denen ohne Migrationshintergrund.

Auskunft über das Ausmaß der Verfestigung der Erwerbslosigkeit gibt die Langzeiterwerbslosenquote. Sie gibt den prozentualen Anteil der erwerbslosen Personen, die zwölf Monate oder länger auf Arbeitsuche sind, an den Erwerbspersonen wieder.



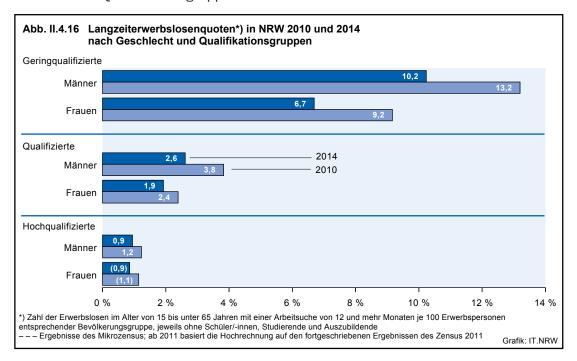
2014 zählten 2,6 % der Erwerbspersonen zu den Langzeiterwerbslosen. Die Langzeiterwerbslosenquote der Männer fiel mit 3,0 % höher aus als die der Frauen (2,1 %). Im Jahr 2010 war die Langzeiterwerbslosenquote der Männer zeitverzögert als Folge der Wirtschaftskrise kurzfristig angestiegen, nachdem insbesondere in den Jahren 2007 und 2008 noch deutliche Rückgänge erfolgten. Seit 2011 ist die Langzeiterwerbslosenquote bei beiden Geschlechtern kontinuierlich leicht zurückgegangen: Bei Frauen war von 2010 bis 2014 ein Rückgang um 0,9 Prozentpunkte und bei den Männern um 1,3 Prozentpunkte zu verzeichnen.

Damit hat sich zwischen 2010 und 2014 auch die Verteilung zwischen Kurzzeiterwerbslosen (Erwerbslosigkeit unter zwölf Monaten) und Langzeiterwerbslosen (Erwerbslosigkeit zwölf Monate und länger) verschoben: Zählten 2010 noch 53,3 % der männlichen Erwerbslosen und 46,2 % der weiblichen Erwerbslosen zur den Langzeiterwerbslosen, so sanken die entsprechenden Anteile bis 2014 auf 50,3 % bzw. 43,3 %.

Ähnlich wie bei der Erwerbslosigkeit insgesamt ist auch die Dauer der Arbeitsuche stark von der Qualifikation abhängig: Überdurchschnittliche Langzeiterwerbslosenquoten wiesen 2014 die geringqualifizierten Frauen (6,7 %) und Männer (10,2 %) aus. Deutlich niedriger waren die entsprechenden Werte für die Frauen und Männer mit mittlerem Qualifikationsniveau (1,9 % bzw. 2,6 %). Und unter den hochqualifizierten Frauen und Männern waren 2014 jeweils weniger als 1 % langzeiterwerbslos.

Auch mit Blick auf die Langzeiterwerbslosigkeit gab es – wie bei der Entwicklung der Erwerbslosenquote insgesamt – im Zeitvergleich 2014 gegenüber 2010 die stärksten Rückgänge: Bei Männern sank die Langzeiterwerbslosenquote um 3,0 Prozentpunkte, bei Frauen um 2,5 Prozentpunkte. Dieser positive Befund zur Entwicklung der Arbeitsmarktsituation der Geringqualifizierten wird jedoch dadurch relativiert, dass bei den Geringqualifizierten der Anteil derer zugenommen hat, die sich vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Sie werden dann statistisch bei den Nichterwerbspersonen erfasst (vgl. Übersicht II.4.1 in Kapitel II.4.4.3), so dass sich die Problematik von Geringqualifizierten mit größeren Vermittlungshemmnissen zumindest zum Teil nur verlagert haben dürfte (vgl. Kapitel II.4.4.3).

Auch die Qualifizierten waren 2014 seltener langzeiterwerbslos als noch 2010. Nach wie vor bleiben aber deutliche Unterschiede im Niveau der Langzeiterwerbslosenquoten zwischen den Qualifikationsgruppen bestehen.



4.4.3 Ungenutztes Erwerbspersonenpotenzial

Zum Erwerbspersonenpotenzial zählen neben den Erwerbstätigen und Erwerbslosen, die dem Arbeitsmarkt direkt zur Verfügung stehen, auch Personen, die derzeit nicht erwerbstätig sind, aber unter bestimmten Umständen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen würden bzw. sich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen. Zu dieser "Stille Reserve" genannten Gruppe zählen Personen, die

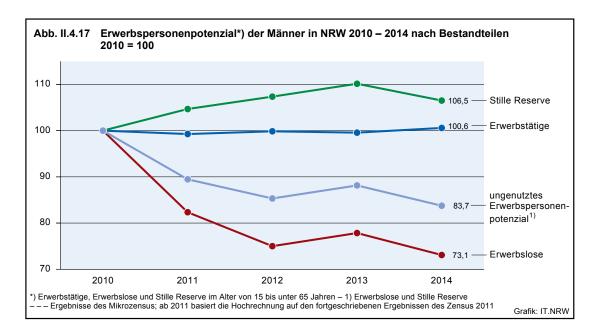
- eine Arbeit suchen, aber dem Arbeitsmarkt kurzfristig nicht zur Verfügung stehen, oder
- derzeit nicht aktiv nach einer Erwerbstätigkeit suchen, jedoch generell die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, oder
- aufgrund ihrer schlechten Chancen am Arbeitsmarkt keine Arbeit suchen.

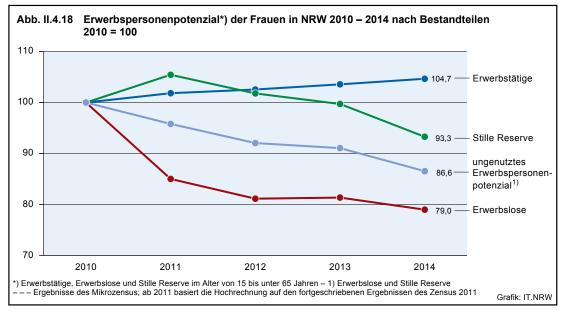
Die Erwerbslosen und die Stille Reserve stellen zusammen das sogenannte ungenutzte Erwerbspersonenpotenzial.

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre)			
Erwerbspersonen (ILO-Konzept)		Nichterwerbspersonen (= nicht erwerbstätig und nicht erwerbslos)	
Erwerbstätige	Erwerbslose	Stille Reserve	Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch
Dazu zählt, wer mindestens eine Stunde in der Berichtswoche gegen Entgelt oder als Selbstständige/r bzw. mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet hat (inklusive Auszubildende).	Dazu zählt, - wer nicht erwerbstätig ist, - in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht hat und - verfügbar ist (innerhalb der nächsten zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit auf nehmen könnte).	Dazu zählen alle Nichterwerbspersonen die - aufgrund ihrer schlechten Chancen am Arbeitsmarkt keine Arbeit suchen, - nicht aktiv nach einer Arbeit suchen, sich aber die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen, - aktiv eine Arbeit su- chen, aber innerhalb der nächsten zwei Wochen nicht für den Arbeitsmarkt verfüg- bar sind.	Dazu zählen alle Nicht- erwerbspersonen, die nicht der Stillen Reserve angehören.
	Ungenutztes Erwerbspersonenpotenzial		

Für beide Geschlechter gilt in der Gesamtbetrachtung, dass das ungenutzte Erwerbspersonenpotenzial seit 2010 bei Frauen (-13,4%) wie bei Männern (-16,3%) rückläufig war, wobei dies in erster Linie auf die rückläufigen Erwerbslosenzahlen zurückzuführen ist. So war die Zahl der Erwerbslosen von 2010 bis 2014 bei den Männern (-26,9%) wie bei den Frauen (-21,0%) stark rückläufig. Die Zahl derer, die der Stillen Reserve zuzurechnen sind, hat sich hingegen bei den Männern zwischen 2010 und 2014 erhöht (+6,5%). Bei den Frauen ist in diesem Zeitraum ein Rückgang zu verzeichnen (-6,7%), der aber deutlich geringer ausfällt als bei den Erwerbslosen.

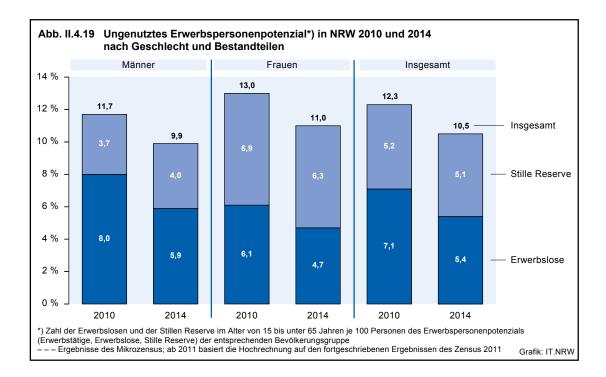
Bei den 15- bis unter 65-jährigen Männern blieben im Jahr 2014 9,9 % des Erwerbspersonenpotenzials ungenutzt (vgl. Abbildung II.4.19). Bei den gleichaltrigen Frauen fiel dieser Anteil mit 11,0 % etwas höher aus. Im Vergleich der Geschlechter fällt nicht nur auf, dass das Erwerbspersonenpotenzial der Frauen zu höheren Anteilen ungenutzt blieb als das



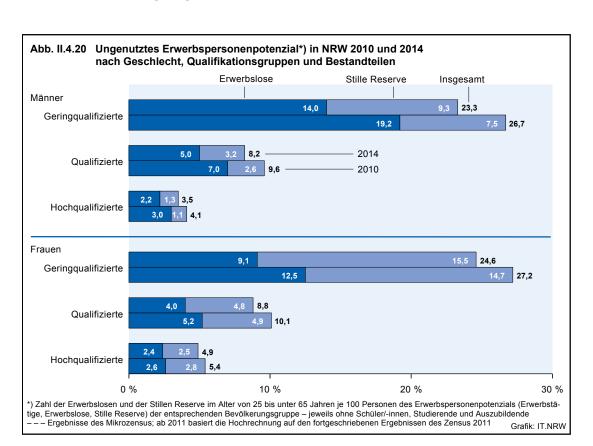


der Männer, es bestehen auch Unterschiede in der Zusammensetzung des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials: Während bei den Frauen die Stille Reserve überwiegt, sind es bei Männern die Erwerbslosen. Dies deutet darauf hin, dass sich Frauen häufiger u. a. bei schlechten Beschäftigungschancen oder auch Vereinbarkeitsproblemen mit anderen Lebensbereichen (bspw. Kindererziehung, Pflege von Angehörigen) vom Arbeitsmarkt zurückziehen, wohingegen Männer häufiger den Kontakt zum Arbeitsmarkt halten und aktiv Arbeit suchen.

Im Vergleich zu 2010 wurde 2014 das vorhandene Erwerbspersonenpotenzial bei beiden Geschlechtern stärker ausgeschöpft. Differenziert nach den beiden Bestandteilen des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials zeigt sich, dass seit 2010 sowohl bei Frauen als auch bei Männern der Anteil der Erwerbslosen am Erwerbspersonenpotenzial gesunken ist. Hingegen war der Anteil der Stillen Reserve nur bei den Frauen leicht rückläufig, während die Stille Reserve bei den Männern anteilig etwas zugelegt hat.



Die Qualifikation hat einen entscheidenden Einfluss darauf, ob das Erwerbspersonenpotenzial genutzt wird oder nicht: 2014 zählte in der Altersgruppe "25 bis unter 65 Jahre" knapp ein Viertel der geringqualifizierten Frauen (24,6 %) und Männer (23,3 %) mit Erwerbswunsch zum ungenutzten Erwerbspersonenpotenzial; bei den Qualifizierten waren es hingegen 8,8 % der Frauen und 8,2 % der Männer und bei den Hochqualifizierten ein nochmals geringerer Anteil (Frauen: 4,9 %; Männer: 3,5 %).



II.4 Wirtschaft

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Für beide Geschlechter gilt über alle Qualifikationsgruppen hinweg, dass im Jahr 2010 ein größerer Anteil des Erwerbspersonenpotenzials ungenutzt blieb als 2014.

Bei den geringqualifizierten Frauen und Männern fällt auf, dass sich die Bestandteile des ungenutzten Erwerbspersonenpotenzials gegenläufig entwickelt haben. Während der Anteil der Erwerbslosen sank, stieg der Anteil der Stillen Reserve am Erwerbspersonenpotenzial an. Das heißt, geringqualifizierte nichterwerbstätige Personen mit Erwerbswunsch haben sich 2014 zu einem höheren Anteil als noch 2010 vom Arbeitsmarkt zurückgezogen. Auf niedrigem Niveau und in abgeschwächtem Umfang galt dies auch für die qualifizierten und die hochqualifizierten Männer.

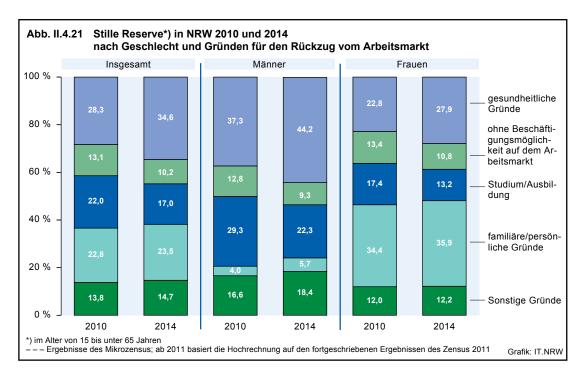
4.4.4 Stille Reserve und Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch

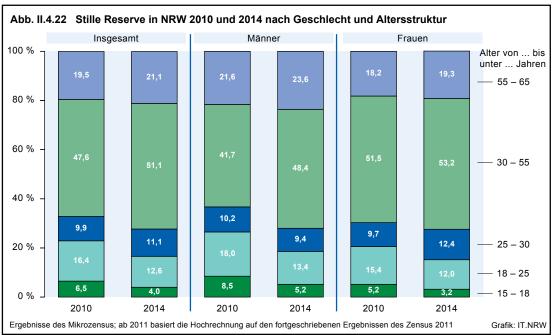
Die Nichterwerbspersonen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren) lassen sich danach unterscheiden, ob sie grundsätzlich die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit wünschen (Stille Reserve) oder nicht (Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch, vgl. Übersicht II.4.1 in Kapitel II.4.4.3). Beide Personengruppen stehen dem Arbeitsmarkt nicht direkt zur Verfügung. Sowohl die Stille Reserve als auch die Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch sind zu einem überdurchschnittlich hohen und wachsenden Anteil von relativer Einkommensarmut betroffen (vgl. Kapitel III.3.6.2) und werden daher im Folgenden näher betrachtet.

Sowohl die Stille Reserve als auch die Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch sind sehr heterogene Gruppen und die Gründe für den Rückzug vom Arbeitsmarkt sind vielfältig. Im Folgenden werden sowohl die Stille Reserve als auch die Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch nach den Gründen für den Rückzug vom Arbeitsmarkt und nach ihrer Alterszusammensetzung untersucht.

In der zeitlichen Entwicklung haben für Personen, die der Stillen Reserve angehören, gesundheitliche Gründe für den Rückzug vom Arbeitsmarkt an Bedeutung gewonnen – insbesondere bei Männern: 2014 gaben 44,2 % (2010: 37,3 %) der Männer, die der Stillen Reserve angehören, gesundheitliche Gründe für den Rückzug vom Arbeitsmarkt an. Entsprechendes traf auf 27,9 % (2010: 22,8 %) der Frauen zu. Bei den Frauen stehen aber weiterhin mit 35,9 % familiäre bzw. persönliche Gründe an erster Stelle für den Rückzug vom Arbeitsmarkt (2010: 34,4 %). Von beiden Geschlechtern wurden 2014 seltener die Gründe "Studium/Ausbildung" und "ohne Beschäftigungsmöglichkeit auf dem Arbeitsmarkt" angegeben als 2010.

Die veränderte Struktur der Stillen Reserve im Hinblick auf den Grund des Rückzugs vom Arbeitsmarkt korrespondiert mit Veränderungen in der Altersstruktur der Stillen Reserve: So ist vor allem bei den Männern ein relativer Rückgang der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie spiegelbildlich eine Zunahme (absolut und relativ) bei Personen im Alter von 30 und mehr Jahren zu konstatieren. Die Stille Reserve besteht also seltener als noch 2010 aus Personen, die sich noch im Bildungssystem befinden und zukünftig mutmaßlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Stattdessen ist der Anteil von Personen in der Kernerwerbsphase bzw. der späten Erwerbsphase gestiegen, die sich aus gesundheitlichen Gründen gegebenenfalls dauerhaft vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben.





Eine andere Gruppe, die nicht zum Erwerbspersonenpotenzial zählt, sind die Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch. Diese sind weder erwerbstätig noch erwerbslos und wünschen keine Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

Spiegelbildlich zum Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (vgl. Kapitel II.4.4.1), war die Zahl der Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch rückläufig. Ihre Zahl sank im Zeitraum 2010 bis 2014 von 2,65 Millionen auf 2,44 Millionen.

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Im Folgenden soll untersucht werden, wie sich diese Gruppe zusammensetzt. Auch die Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch lassen sich nach den Gründen für ihren Rückzug vom Arbeitsmarkt differenzieren. Bei den männlichen Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch steht die große Mehrheit (56,5 %) wegen der beruflichen Ausbildung nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. 21,7 % wünschen keine Erwerbsarbeit, weil sie sich bereits im Vorruhestand befinden, 12,6 % führen gesundheitliche Gründe an.

Bei den Frauen stehen Ausbildung und Studium ebenfalls an erster Stelle mit einem Anteil von 31,8 %, gefolgt von den nicht weiter spezifizierten "sonstigen Gründen" und den familiären/persönlichen Gründen. Die Gesundheit (8,3 %) und der Ruhestand (12,4 %) wurden von den Frauen seltener als von den Männern als Gründe für den Rückzug vom Arbeitsmarkt genannt.

Im Zeitvergleich 2014 gegenüber 2010 fällt zum einen auf, dass der Anteil der Personen, die aufgrund eines Studiums bzw. einer Ausbildung keine Erwerbsaufnahme wünschen, an den Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch gestiegen ist. Dies ist Resultat der gestiegenen Bildungsbeteiligung junger Erwachsener bei gleichzeitig gestiegener Erwerbsorientierung vor allem in der späten Erwerbsphase (vgl. Kapitel IV.2.3 und Kapitel IV.3.5.1). Zum anderen ist unter den Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch der Anteil der Vorruheständler gesunken und der Anteil derer, die gesundheitliche Gründe für den Rückzug aus dem Erwerbsleben nennen, gestiegen.

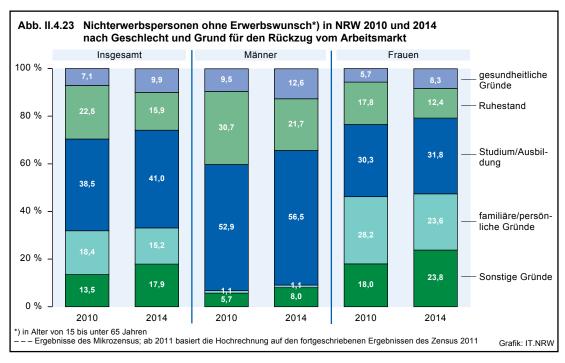
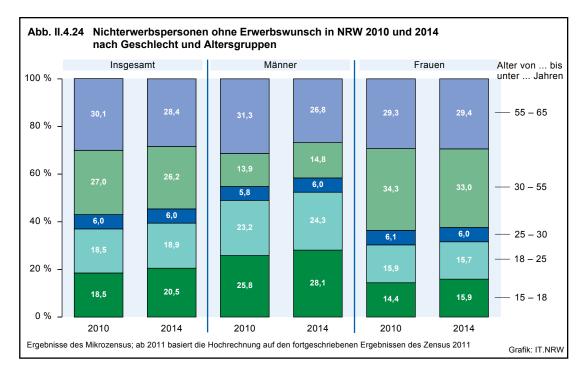


Abbildung II.4.24 zeigt, dass von 2010 auf 2014 der Anteil der 55- bis unter 65-jährigen Männer an den männlichen Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch gesunken ist, während die jüngeren Altersgruppen anteilig zulegten. Hingegen hat sich die Altersstruktur der weiblichen Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch im Zeitvergleich kaum verändert.

Sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen stellen die 55- bis unter 65-Jährigen mehr als ein Viertel der Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch (26,8 % bzw.



29,4 %). Bei den Männern dieser Altersgruppe steht der Ruhestand für mehr als zwei Drittel (69,8 %) an erster Stelle als Grund für den Rückzug vom Arbeitsmarkt. Dieser Anteil ist gegenüber 2010 jedoch um 11,8 Prozentpunkte gesunken. Demgegenüber haben gesundheitliche Gründe an Gewicht zugenommen (+8,3 Prozentpunkte auf 20,5 % im Jahr 2014). Auch bei den nichterwerbstätigen Frauen der Altersgruppe "55 bis unter 65 Jahre" hat der Ruhestand als Grund für den Rückzug an Bedeutung verloren (–13,1 Prozentpunkte auf 36,9 % in 2014); stattdessen wurden auch von den Frauen häufiger gesundheitliche Gründe für den Rückzug vom Arbeitsmarkt genannt (+5,4 Prozentpunkte auf 13,1 % in 2014).

Diese sinkende Bedeutung des Ruhestands als Grund für den Rückzug vom Arbeitsmarkt sowohl bei der Stillen Reserve als auch bei den Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch ist im Kontext der zunehmenden Beschränkung der Zugänge zur Frühverrentung bzw. in den Vorruhestand in den letzten Jahren zu sehen.

Hingegen ist sowohl bei der Stillen Reserve als auch bei den Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch der Anteil derjenigen gestiegen, die sich aus gesundheitlichen Gründen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Auch absolut ist ihre Zahl gestiegen. Zählten 2010 knapp 307 000 Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren aus gesundheitlichen Gründen zu den Nichterwerbspersonen (Stille Reserve oder Nichterwerbspersonen ohne Erwerbswunsch), waren es 2014 gut 390 000 Personen. Zunehmend mehr Menschen im erwerbsfähigen Alter können somit gesundheitsbedingt nicht (mehr) auf dem Arbeitsmarkt aktiv sein. Aufgrund von Einschränkungen bei der vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente sind dementsprechend immer mehr Personen auf die Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit und/oder Grundsicherung bei Erwerbsminderung angewiesen (Bäcker 2012, vgl. Kapitel IV.3.6).

Information und Technik Nordrhein-Westfalen

4.4.5 Erwerbssituation

In Anlehnung an die politische und wissenschaftliche Diskussion werden im Folgenden die abhängigen Beschäftigungsverhältnisse danach unterschieden, ob sie zu den Normalarbeitsverhältnissen zählen – definiert als unbefristete, abhängige Vollzeitbeschäftigung – oder zu den sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen.

Ein atypisches Beschäftigungsverhältnis weist mindestens eines der folgenden Merkmale auf:

- einen befristeten Arbeitsvertrag,
- Teilzeitbeschäftigung oder
- (ausschließlich) geringfügige Beschäftigung (vgl. Glossar).

In der Regel werden Leiharbeit- bzw. Zeitarbeitsverhältnisse ebenfalls zu den atypischen Beschäftigungsverhältnissen gezählt. Allerdings können auf Basis des Mikrozensus – der hier für die Analysen zur Erwerbsbeteiligung verwendet wird – für das Land Nordrhein-Westfalen keine belastbaren Angaben zur Verbreitung von Zeitarbeitsverhältnissen gewonnen werden.³³⁾

Hier gibt die Statistik der Bundesagentur der Arbeit (2015d) Auskunft: Von 2010 bis 2012 war ein Anstieg der Zahl der Leiharbeitnehmerinnen und –arbeitnehmer von 177 848 auf 200 956 (Jahresdurchschnitt) zu verzeichnen. Von 2012 auf 2014 war die Zahl wieder rückläufig. Im Jahr 2014 standen durchschnittlich 193 448 Beschäftigte in einem Zeitarbeitsverhältnis, darunter mehrheitlich Männer mit einem Anteil von 71,9 %.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse können, müssen aber nicht prekär sein. Mit dem Attribut prekär werden Beschäftigungsverhältnisse bezeichnet, wenn Lohnhöhe, soziale Absicherung, Beschäftigungsstabilität und/oder die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung bzw. die Arbeitsbedingungen deutlich negativ von den Normalarbeitsverhältnissen abweichen (Brehmer/Seifert 2008).

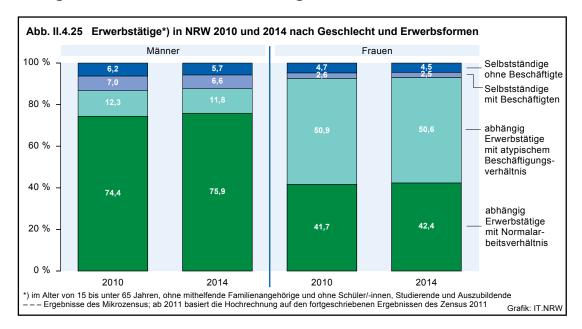
Der Begriff der atypischen Beschäftigungsverhältnisse ist zwar nicht synonym mit dem der prekären Arbeitsverhältnisse zu verwenden, dennoch sind atypische Beschäftigungsverhältnisse häufig insbesondere im Hinblick auf Beschäftigungssicherheit, soziale Absicherung und Entlohnung als prekär einzustufen (Hohendanner/Walwei 2013). Dies trifft aber nicht ausschließlich auf atypische Beschäftigungsverhältnisse zu. So führt ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis nicht unbedingt zu Beschäftigungssicherheit und eine Vollzeitbeschäftigung im Niedriglohnbereich ist im Hinblick auf die soziale Absicherung und die Entlohnung prekär. Auch bei einem Teil der Solo-Selbstständigen (Selbstständige ohne Angestellte) sind prekäre Arbeitsbedingungen zu vermuten (Müller 2014b).

Atypische Beschäftigungsverhältnisse können z. B. im Hinblick auf die Arbeitszeitdauer durchaus den Wünschen der Erwerbstätigen entsprechen: So kann die Ausübung einer Teilzeittätigkeit gewollt sein, um außerberufliche persönliche bzw. familiäre Verpflichtungen mit der Erwerbsarbeit vereinbaren zu können. Auch ein geringfügiges Beschäf-

³³⁾ Im Mikrozensus ist die Beantwortung von Fragen zu Zeitarbeit freiwillig. Aufgrund hoher Antwortausfälle lassen sich auf Basis des Mikrozensus auf Landesebene keine belastbaren Aussagen zur Verbreitung von Zeitarbeit treffen.

tigungsverhältnis kann den Erwerbswünschen entsprechen, z. B. als Nebenjob in den Lebensphasen vor und nach der Haupterwerbsphase (Körner/Meinken/Puch 2013).

Im Jahr 2014 waren gut die Hälfte (50,6 %) der erwerbstätigen Frauen atypisch beschäftigt und damit ein deutlich höherer Anteil als unter den männlichen Erwerbstätigen (11,8 %). Bei den Männern dominiert mit einem Anteil von gut drei Viertel (75,9 %) das Normalarbeitsverhältnis, welches bei den Frauen deutlich seltener verbreitet ist (42,4 %). Außerdem waren 12,3 % der Männer als Selbstständige tätig, darunter 5,7 % als Solo-Selbstständige. Erwerbstätige Frauen waren mit einem Anteil von 7,0 % seltener selbstständig, darunter 4,5 % als Solo-Selbstständige.

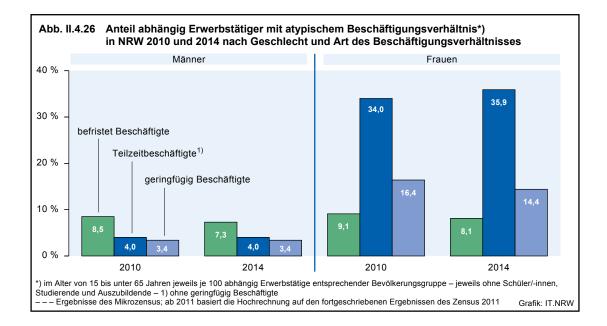


Im Zeitvergleich war bei beiden Geschlechtern der Anteil der Selbstständigen zwischen 2010 und 2014 leicht rückläufig. Auch der Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit einem atypischen Beschäftigungsverhältnis war leicht rückläufig. Dementsprechend gestiegen ist der Anteil derer mit einem Normalarbeitsverhältnis.

Im Folgenden werden die Erwerbsstrukturen bei den abhängig Erwerbstätigen im Detail betrachtet. Die absolute Zahl der atypisch Beschäftigten war zwischen 2010 und 2014 nur bei den Männern rückläufig, nämlich um 3,7 %, während die Zahl der Normalarbeitnehmer um 2,2 % zulegte. Bei den Frauen hingegen stieg die absolute Zahl der atypisch Beschäftigten in diesem Zeitraum an (+4,1 %), jedoch in geringerem Maß als die Zahl der Normalarbeitnehmerinnen (+6,4 %), so dass die relative Häufigkeit der atypisch Beschäftigten leicht zurückging.

Der höhere Anteil der atypisch Beschäftigten unter den Frauen ist im Wesentlichen auf die hohe Verbreitung arbeitszeitreduzierter Beschäftigungsformen zurückzuführen³⁴⁾: Über ein Drittel (35,9 %) der abhängig erwerbstätigen Frauen ging 2014 einer Teilzeitbeschäftigung nach und 14,4 % waren geringfügig beschäftigt. Weitere 8,1 % der Frauen waren befristet beschäftigt.

³⁴⁾ Zwischen den drei ausgewiesenen Formen atypischer Beschäftigung sind Überschneidungen möglich: So kann befristete Beschäftigung zusammen mit Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung auftreten. Daher gibt die Summe der Anteile aller drei Beschäftigungsformen nicht den Anteil der atypisch Beschäftigten insgesamt wieder.



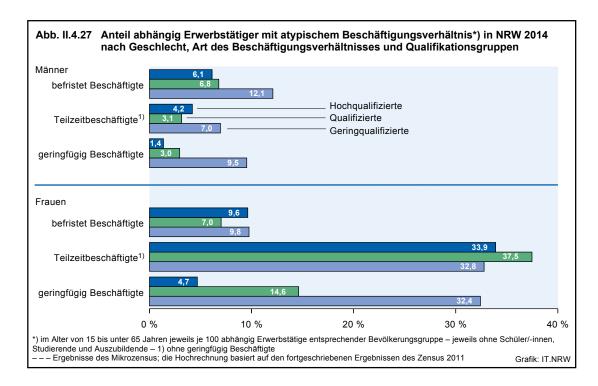
Bei den männlichen abhängig Beschäftigten war der befristete Arbeitsvertrag mit einem Anteil von 7,3 % etwas seltener anzutreffen. Deutlich seltener als Frauen waren abhängig erwerbstätige Männer in Teilzeitbeschäftigung (4,0 %) tätig oder geringfügig beschäftigt (3,4 %).

Im Vergleich zum Jahr 2010 ist bei den Frauen eine stärkere Verbreitung der Teilzeitbeschäftigung zu beobachten (+1,9 Prozentpunkte), hingegen waren Befristungen (-1,0 Prozentpunkt) und geringfügige Beschäftigung (-2,0 Prozentpunkte) rückläufig. Bei den abhängig beschäftigten Männern zeigt sich im Zeitvergleich nur ein Rückgang bei der befristeten Beschäftigung (-1,2 Prozentpunkte), während die beiden anderen atypischen Beschäftigungsformen 2014 genauso häufig verbreitet waren wie 2010.

Die Verbreitung der drei Formen atypischer Beschäftigung variiert mit dem Qualifikationsniveau: Bei den Männern sind alle drei Formen atypischer Beschäftigung bei den Geringqualifizierten am häufigsten verbreitet. Am stärksten ausgeprägt ist der Abstand zu den Qualifizierten und Hochqualifizierten bei der geringfügigen Beschäftigung: 2014 gingen 9,5 % der geringqualifizierten Männer, aber nur 3,0 % der Qualifizierten und 1,4 % der Hochqualifizierten ausschließlich einer solchen Beschäftigungsform nach.

Bei den Frauen ist dieser Zusammenhang zwischen Qualifikation und Erwerbsform hingegen nur bei der geringfügigen Beschäftigung zu beobachten. Fast ein Drittel (32,4 %) der abhängig erwerbstätigen Frauen mit geringer Qualifikation war ausschließlich geringfügig beschäftigt. Hingegen waren es bei den Frauen mit mittlerer Qualifikation 14,6 % und bei den hochqualifizierten Frauen nur 4,7 %.

Teilzeitbeschäftigung ist dagegen bei den qualifizierten Frauen mit 37,5 % am stärksten verbreitet. Bei der Befristung weisen geringqualifizierte und hochqualifizierte Frauen mit 9,8 % bzw. 9,6 % einen höheren Anteil auf als die Frauen mit mittlerer Qualifikation (7,0 %).



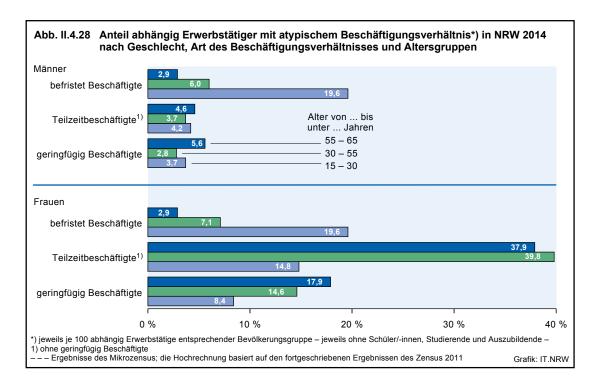
Die Verbreitung atypischer Beschäftigung variiert auch mit dem Alter: Befristete Arbeitsverträge sind ein weit verbreitetes Phänomen in der Berufseinstiegsphase und dies gleichermaßen für beide Geschlechter: 2014 hatte jeweils knapp ein Fünftel der unter 30-jährigen Frauen und Männer einen befristeten Arbeitsvertrag. Bei den 30-Jährigen und älteren abhängig Erwerbstätigen sind Befristungen deutlich seltener, bei den 55- bis unter 65-jährigen Frauen und Männern traf dies auf jeweils 2,9 % zu.

Teilzeitbeschäftigung ist bei Frauen der Altersgruppe 30 bis unter 55 Jahre (39,8 %) am stärksten verbreitet. In der späten Erwerbsphase (55 bis unter 65 Jahre) fällt dieser Anteil mit 37,9 % nur geringfügig niedriger aus. Bei den unter 30-Jährigen war etwa jede siebte abhängig erwerbstätige Frau (14,8 %) in Teilzeit beschäftigt. Die große Verbreitung der Teilzeitbeschäftigung vor allem bei den 30- bis unter 55-Jährigen ist vor dem Hintergrund der in der Familienphase anfallenden zeitintensiven Kinderbetreuung zu sehen, die vor allem von Frauen geleistet wird.

Bei der geringfügigen Beschäftigung ist bei den Frauen eine mit dem Alter zunehmende Verbreitung auszumachen: Während bei den unter 30-Jährigen 8,4 % (ausschließlich) geringfügig beschäftigt waren, lag dieser Anteil in der Gruppe der 30- bis unter 55-Jährigen bei 14,6 % und bei den 55- bis unter 65-Jährigen nochmals etwas höher bei 17,9 %.

Bei den Männern ist Teilzeitbeschäftigung und geringfügige Beschäftigung sowohl in der Berufseinstiegsphase als auch in der Berufsausstiegsphase häufiger verbreitet als in der Kernerwerbsphase (30 bis unter 55 Jahre).

Im Zeitraum 2010 bis 2014 ist bei den 15- bis unter 30-jährigen Frauen und Männern, also in der Berufseinstiegsphase, ein Rückgang der atypischen Beschäftigung zu beobachten, während bei den 30- bis unter 50-Jährigen kaum Veränderungen und bei den 55- bis unter 65-Jährigen eine geringfügige Zunahme des Anteils der atypisch Beschäftigten zu verzeichnen war.



Diese Entwicklung bei den jungen Erwachsenen ist in erster Linie auf die abnehmende Verbreitung der Befristungen zurückzuführen: 2010 hatten 24,7 % der jungen Männer und 22,4 % der jungen Frauen einen befristeten Arbeitsvertrag, 2014 waren es jeweils 19,6 %. Auch die geringfügige Beschäftigung ging in diesem Zeitraum bei den jungen Frauen zurück (um –2,2 Prozentpunkte auf 8,4 %) (vgl. Kapitel IV.2.5.5).